



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

Serbien. Die Türkei. Bulgarien. Italien.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

die österreichisch-ungarische Regierung wissen ließ, er sei bereit, die Ergebnisse der Besprechungen von Buchlau als tatsächlich erzielt (acquis) anzuerkennen und sie zur Grundlage seines Verhaltens auf der europäischen Konferenz zu machen; indessen bedeutete das nicht viel, da man über das Wesen jener Ergebnisse uneins war. Eine Verschärfung trat aber dadurch ein, daß Lehrenthal, über die Winkelzüge seines russischen Kollegen äußerst aufgebracht, in ausbrechender Leidenschaft ihm am 10. Oktober telegraphieren ließ, er werde, falls Iswolskij auf der Ablehnung verharre, ihren Noten- und Briefwechsel über die Balkanfrage veröffentlichen. Diese Drohung erregte bei Iswolskij ebenso Furcht wie Erbitterung, und es stieg in ihm der Haß gegen seinen glücklicheren und zugleich rücksichtslosen Nebenbuhler auf, ein Haß, der fortan sein Verhalten bestimmte und für die Ruhe Europas verhängnisvoll wurde.

\*

## Serbien. Die Türkei. Bulgarien. Italien

Die Wucht der von London aus gegen die habsburgische Monarchie unternommenen Angriffe hatte zur Folge, daß ihr ringsum Gegner erwachsen. Wo aber bereits Feindseligkeit gegen Österreich-Ungarn bestand, wurde sie zu heller Flamme angefacht. Das war in Serbien und in Montenegro der Fall, über deren Ansprüche die Annexion wortlos hinwegschritt. Die Enttäuschung war hier um so größer, als damit alle Wühlarbeit in Bosnien und Kroatien ergebnislos, das dafür ausgegebene schöne Geld verloren schien. Niederdrückend wirkten auch die Ratschläge, die Iswolskij im September 1908 dem serbischen Minister des Aeußeren in Karlsbad gegeben hatte. Indessen richteten sich die Geister bei der Kunde aus London wieder auf. Die Freude war um so größer, als Eduard VII. bis zu diesem Augenblick der serbischen Regierung ständig vorgehalten hatte, sie diene einem durch Königsmord auf den Thron gelangten Herrscher. Das war mit einem Male wie weggewischt, so daß durch die südslawische Welt die Ahnung flog, Großbritannien habe für die großserbischen Träume sein Herz entdeckt.

Demgemäß gingen in Belgrad die Wellen hoch. Kronprinz Georg hielt am 10. und 11. Oktober Ansprachen, die fast unverhohlen den Krieg gegen die Donaumonarchie forderten; er bot sich an, Führer der Freiwilligen zu werden, die für Nationalität und Ehre zu sterben bereit wären. Gleichzeitig veröffentlichte der großserbische Verein Slovenski Jug flammende Aufrufe gegen Österreich-Ungarn und bat die slawischen Völkerschaften der Monarchie um ihre Unterstützung. Die serbische Regierung verlangte Gelder zur Ergänzung der Rüstungen und die Volksvertretung faßte am 12. Oktober einen Beschluß, der eine Reihe von Beleidigungen und Herausforderungen der Nachbarmonarchie enthielt. Wenn die von einigen Abgeordneten geführte Sprache alles Maß überschritt, so trug jeder für sich die Verantwortung; der einstimmige Beschluß der Volksvertretung jedoch, der mit der Regierung vereinbart sein mußte, riß eine Kluft auf, über die hinweg letzten Endes nur die Kanonen sprechen konnten. Der Beschluß der Skupschtina lautete<sup>1)</sup>:

„Schmerzlich berührt von dem großen Unrecht, das Serbien und dem serbischen Volke durch den Bruch eines internationalen Vertrages, ohne das Einverständnis des daran interessierten Volkes, von einer Seite geschehen ist, die diesen Vertrag unterzeichnet hat und ihn schützen sollte; tief überzeugt von der Größe der die ganze serbische Rasse bedrohenden Gefahr, die einen für ihre Unabhängigkeit und ihren Bestand sehr bedenklichen Präzedenzfall schafft; in ihrer Ergebenheit für die Interessen des allgemeinen Friedens und der Gerechtigkeit hierdurch bis ins Innerste beunruhigt und fest entschlossen, zu tun, was nötig ist, um in der durch die Gewalt geschaffenen Krise die Interessen Serbiens und seiner Landsleute zu sichern, spricht die Skupschtina, nachdem sie von den Erklärungen der Regierung und den Maßnahmen, die diese in dieser Sache zu ergreifen gedenkt, Kenntnis genommen hat, der Regierung einstimmig ihr Vertrauen aus und erwartet von ihr, daß sie die bedrohten serbischen Interessen in der energischsten Weise verteidigt. Zu diesem Zwecke stellt die Skupschtina der Regierung einmütig die ganze und geeinigte Kraft des serbischen Volkes zur Verfügung.“

Eine derartige Sprache eines europäischen Staates war immer nur vor Ausbruch eines Krieges gehört worden, und Österreich-Ungarn

<sup>1)</sup> Die Übersetzung nach Schultheß' Geschichtskalender 1908.

hätte Grund gehabt, Rechenschaft zu fordern. Indessen ließ das Wiener Kabinett es bei Warnungen bewenden und Uehrenthal lehnte die Annahme des von der serbischen Regierung gegen die Annexion eingelegten Protestes mit der Begründung ab, daß Serbien die Berliner Kongressakte nicht unterzeichnet habe, also kein Recht besitze, sich ihrer anzunehmen. Diese Langmut hatte aber nur die Folge, daß sich die Provokationen steigerten. Am 19. Dezember brachte die „Daily Mail“ einen Bericht über Äußerungen, die Fürst Nikolaus von Montenegro zu ihrem Vertreter gemacht hatte; der Fürst sagte, er sehe keinen Ausweg als einen Krieg mit Österreich, wenn er sich auch über dessen Gefahren keiner Täuschung hingebte. Aberhaupt fand unter dem Eindrucke der Annexion eine Versöhnung der zwei Herrscherhäuser von Serbien und Montenegro statt und Fürst Nikolaus fand wieder Gnade in den Augen der revolutionären großserbischen Klubs. Gleichzeitig machte der serbische Minister Milovanović eine Rundreise durch Europa, um die Kabinette zur Hilfe aufzurufen; Ende November fuhr der serbische Kronprinz mit dem Minister Pašić nach Petersburg, wo sie wohlwollend aufgenommen wurden. Serbien stellte zwei Forderungen, die der habsburgischen Monarchie nur durch einen Krieg abzurufen gewesen wären. Es verlangte für Bosnien und die Herzegowina Autonomie, die von den Großmächten zu verbürgen wäre, für sich selbst einen Hafen an der Adria nebst einem Landstrich, der vom serbischen Staatsgebiet bis dahin zu reichen hätte. Dieser Korridor zum Meere, wie man sich ausdrückte, hätte, der Natur der Sache nach, von Bosnien oder Dalmatien losgetrennt werden müssen. Nun war zwar die Forderung billig, daß den Naturprodukten Serbiens ein Ausweg zum Meere eröffnet werde; daß aber zu diesem Zwecke ein österreichisches Reichsgebiet abgetreten werden sollte, war ein ebenso starkes Verlangen wie das andere, das autonom erklärte Bosnien unter die Schutzhohheit der Großmächte zu stellen. Es war schon damals klar, daß über diese Dinge nur ein Krieg die Entscheidung bringen könne. Die serbische Regierung rüstete auch eifrig und ließ sich im Oktober einen Kredit von 16 Millionen, einige Monate später von weiteren 33 Millionen Franken, bewilligen. Außerdem schickte sie die bis zum Ausbruche der türkischen Revolution in Mazedonien tätig gewesenenen serbischen Banden an die bosnische Grenze, wo sie sich zum Einbruche bereit machten. Von den bosnischen Bergen herab konnte man stellenweise die Übungen dieser Scharen ansehen. Infolge des Einspruches der österreichischen

Regierung wurden diese Banden gegen das Innere gezogen, was in der Sache keinen Unterschied machte<sup>1)</sup>.

Über diese Drohungen konnte das Wiener Kabinett noch hinwegsehen, unangenehmer war, was sich gleichzeitig in der Türkei zutrug. Der Protest der Pforte zwar mochte hingehen, um so mehr, als es ihr gutes Recht war, sich zu Worte zu melden, wenn sie auch durch die Namensänderung der österreichischen Herrschaft in Bosnien keinen Verlust erlitt. Das Wiener Kabinett eröffnete mit ihr eine Verhandlung zum Ausgleich der in Frage stehenden Rechte über Bosnien. Das war um so notwendiger, als Mitte Oktober in der ganzen Türkei gegen alle Einfuhren aus Österreich und Ungarn ein Boykott in Szene gesetzt wurde. Das neuerwachte politische Bewußtsein der Bewohner des ottomanischen Reiches machte sich Luft und das jungtürkische Zentralkomitee leitete die Volksbewegung, während die Regierung der Sache fernzustehen behauptete. Durch fünf Monate lag der Handel der habsburgischen Monarchie in der Türkei vollständig darnieder. Vor den Läden der österreichischen und ungarischen Kaufleute standen drohende Gestalten, welche den Eintritt von Käufern verhinderten; die Lastträger in Stambul wie in allen türkischen Häfen verweigerten das Ausladen von Schiffen aus der Monarchie. Auch kamen der österreichischen Regierung aus den syrischen Häfen Beirut und Haifa Berichte zu, daß die britischen Konsuln zur Achtung des Handels mit Österreich-Ungarn anspornten.

Über weiter. Der gegen die Donaumonarchie entfachte Sturm hatte zur Folge, daß wie Pflaumen im Winde die unzuverlässigen Freunde, Bulgarien und Italien, von ihr abfielen. Nur Rumänien hielt dank der Festigkeit König Carols von Anfang bis zu Ende an den übernommenen Verpflichtungen fest. Den Bulgaren zwar war es kaum zu verargen, daß sie, von Rußland und England angelockt, nach den Vorteilen griffen, die ihnen vom Dreiverbände geboten wurden. Der erste Punkt des in Paris vereinbarten Programmes der europäischen Konferenz besagte: „Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens.“ Dieses Land wurde also von den Hütern der europäischen Verträge begnadigt, während Österreich in der Verdammnis blieb. Nicht bloß, daß die Lossagung des Fürstentums von der türkischen Lehenshoheit

<sup>1)</sup> Dem österreichisch-ungarischen Generalstab waren die Standorte der Banden genau bekannt und er entwarf jeweilig Karten, in welche ihre Aufstellungen eingezeichnet waren; Abdrücke davon wurden den Militärkommanden in Bosnien bekanntgegeben.

genehmigt werden sollte, Rußland gewährte ihm auch finanzielle Aus-  
hilfe. Bulgarien schuldete der Pforte noch den Tribut für Ostrumelien,  
der seit Jahren nicht bezahlt worden war; es hatte außerdem eine  
Entschädigung zu leisten, weil es, wie erwähnt, die sein Gebiet durch-  
ziehenden Eisenbahnen, die einer von der türkischen Regierung seiner-  
zeit eingesehten Gesellschaft gehörten, mit Beschlagnahme belegt hatte. Im  
ganzen waren von Bulgarien dem türkischen Staatschatz 125 Mil-  
lionen Franken zu zahlen. Für diese Summe trat Rußland gewisser-  
maßen als Bürge ein. Da das Zarenreich selbst vom letzten Türken-  
kriege her noch 40 Raten der Kriegsentchädigung zu fordern hatte,  
so wurde eine Verrechnung vereinbart, derart, daß die Schuld Bulga-  
riens an die Türkei durch die der Türkei an Rußland gedeckt ward.  
Bulgarien bezahlte dafür dem russischen Staatschatz mäßige Jah-  
resraten, so daß die Bürde leicht zu tragen war. Es lag dem Kabinett  
von Petersburg viel daran, Bulgarien von Österreich abzu ziehen, was  
ohne Mühe gelang. Deshalb wurde der Bulgarenfürst, bevor noch  
seine neue Würde von Europa anerkannt war, bei seiner Reise nach  
Petersburg am 22. Februar 1909 mit königlichen Ehren aufgenommen.  
Stolz auf den Erfolg ließ er bei Uehrenthal anfragen, ob er nicht auch  
nach Wien kommen könne, wo er gleichfalls als König behandelt zu  
werden hoffte. Der österreichische Minister jedoch, erbittert über das  
Abschwenken Bulgariens zu Rußland, ließ Ferdinand durch den bul-  
garischen Agenten Sarafow mit übelangebrachter Schroffheit sagen,  
über ihn persönlich könne der Fürst verfügen, dagegen könne von dessen  
Empfang als König in Wien, besonders beim Kaiser, nicht die Rede  
sein, bevor Bulgarien förmlich als Königreich anerkannt sei. Es scheint,  
daß Sarafow als Russenfreund in seinem Berichte nach Sofia die Ab-  
sage Uehrenthals beleidigender schilderte, als sie gemeint war. Ferdinand  
aber, in seiner Eigenliebe schwer verletzt, und in Petersburg völlig  
gegen Österreich-Ungarn gewonnen, brach darauf mit Uehrenthal die  
persönlichen Beziehungen ab und ließ sich zur Abwechslung wieder  
mit den Gegnern Österreich-Ungarns ein. Maßgebend war für ihn,  
daß er die Donaumonarchie von Feinden umringt sah, so daß ihm  
das Einvernehmen mit Rußland und Serbien größere Vorteile zu  
bieten schien. Von jetzt ab spannen sich die Fäden, die sich schließlich zu  
dem bulgarisch-serbischen Waffenbunde von 1912 verdichteten.

Bulgarien stand nicht im Vertragsverhältnisse mit Österreich-Un-  
garn, es war also keine Treulosigkeit, wenn es seinen Vorteil wo immer

suchte. Anders Italien. Dieser unzuverlässigste aller Bundesgenossen machte sich für den Fall, daß das über der Donaumonarchie zusammengezogene Gewölk losbrechen sollte, zum Abfall bereit. Tittoni hatte zwar mit Aehrenthal das Notwendige verabredet und, wie erwähnt, in einer Anfang Oktober vor seinen Wählern gehaltenen Rede die vollzogene Annexion zustimmend besprochen. Sobald aber England an den Schild schlug und den Heerbann gegen Österreich aufrief, konnte Italien nicht fernbleiben. Am 7. Oktober sagte König Viktor Emanuel zum Botschafter Lützow, die Annexion sei ein gegen den Berliner Vertrag geführter Messerstich. Die öffentliche Meinung machte sich die britische Auffassung zu eigen, und Tittoni geriet ins Gedränge; er wurde in der Parlamentsdebatte vom 1. bis zum 4. Dezember 1908 wegen seiner Abmachungen mit Aehrenthal mit Vorwürfen überhäuft. Der in allen Sätteln gerechte Minister hatte keine Lust, sich Österreich zuliebe zu opfern, und hielt eine Antoniusrede, in der er zwar seine Dreibundsfreundlichkeit beteuerte, dabei aber die habsburgische Monarchie preisgab. Er versicherte, er habe sich Aehrenthal gegenüber zu nichts verpflichtet, Italien besäße also auf der zu berufenden Konferenz freie Hand und befände sich mit Rußland in so freundschaftlichem Einvernehmen wie noch nie<sup>1)</sup>. Das alles widersprach seinem am 4. Oktober Aehrenthal gesandten Briefe, was er bei Lützow mit den ihm erwachsenen Verlegenheiten entschuldigte.

In Wien hörte sich das recht ungemütlich an, zumal die Irredentisten auf der Halbinsel mobil machten und auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn hinarbeiteten. Dazwischen fanden in Wien Schlägereien zwischen deutschen und italienischen Studenten statt, die in Italien weidlich gegen Österreich ausgebeutet wurden. Wohl brachte das furchtbare Erdbeben vom 28. Dezember 1908, durch das Messina in Trümmer gelegt wurde, eine Ablenkung, da Italien in Trauer versenkt und mit der Hilfe für Sizilien beschäftigt war. Aber in Österreich gab man sich im November und Dezember keiner Täuschung darüber hin, daß Italien sich auf die Seite der Gegner der Monarchie stellen werde, falls diese loschlügen. Militärische Vorkehrungen auf der Halbinsel mahnten zur Vorsicht.

<sup>1)</sup> Reden Tittonis vom 3. und 4. Dezember in der Sammlung seiner Reden „Italien, der Dreibund und die Balkanverträge“. Berlin 1913.